

Wohnungen in NRW

In Nordrhein-Westfalen habe die Zahl der jährlich fertiggestellten Neubauwohnungen nicht zuletzt durch die Auflage eines mittelfristigen, wesentlich erhöhten staatlichen Förderprogramms erheblich gesteigert werden können: Vom Tiefpunkt im Jahr 1988 mit 40 000 Wohnungen auf rund 75 700 Wohnungen im Jahr 1992. Auch 1993 habe sich eine nochmalige Steigerung auf deutlich über 80 000 Wohnungen abgezeichnet. Darauf verweist die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage 22 der SPD-Fraktion zur Wohnungspolitik in NRW. Kritisch merkt die Landesregierung indessen an, selbst dieses Ergebnis bleibe jedoch spürbar hinter der allgemeinen — allein für die Befriedigung der laufenden Nachfrage nach Wohnraum — notwendig erachteten jährlichen Neubaurate von mindestens 100 000 Wohnungen zurück. Trotz einer annähernden Verdoppelung der Fertigstellung sei der Mangel an Wohnungen nicht beseitigt. Betroffen seien vor allem sozial schwache Bevölkerungskreise, Familien mit Kindern, einkommensschwächere Haushalte, in zunehmendem Maße aber auch Bezieher mittlerer Einkommen. Für diese Bevölkerungsgruppen sei immer weniger Wohnraum verfügbar. Gerade die ehemals preisgünstigen Mietwohnungsbestände in den Innenstädten, insbesondere die um die Jahrhundertwende entstandenen Mietshäuser, würden nach Modernisierung und Verkauf vermehrt von kaufkräftigen Bevölkerungsschichten genutzt. Auch der Sozialwohnungsbestand habe sich trotz aller Anstrengungen erheblich verringert und werde weiter abnehmen. Die Wohnungsnot sei damit vor allem ein die Ballungsräume und hier bestimmte soziale Gruppen in zunehmendem Umfang betreffendes Problem, weniger eine Frage der allgemeinen quantitativen Wohnversorgungsversorgung (Drs. 11/6518).

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 3. Februar 1994, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8842303, 8842304 und 8842545, btx: *56801*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Graedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Reinhard Wilmbusse (SPD)

An den Fraktionssitzungen könne er aber nicht teilnehmen, hatte er seinen Genossen gesagt, denn zur gleichen Zeit würde der Kirchenchor proben, und da müsse er eben hin. Das war 1969, Reinhard Wilmbusse war gerade in den Stadtrat von Lemgo gewählt worden, zwei Jahre später war er bereits Bürgermeister, und vom Kirchenchor war keine Rede mehr.

Zur Kommunalpolitik kam der gelernte Rechtspfleger eher zufällig. 1965, am Tag der für die SPD verlorenen Bundestagswahl, trat er in die Sozialdemokratische Partei ein. Der Bedarf an gesellschaftlichen Reformen sei so groß gewesen, meint er, daß er sich einfach engagieren mußte. Vier Jahre später ließ er sich von den Genossen überreden, für den Stadtrat zu kandidieren. Es wurde jemand gesucht, der sich mit dem Baurecht auskannte. Mit der ausdrücklichen Zusicherung, nur zu den Sitzungen des Bauausschusses erscheinen zu müssen, ließ sich Wilmbusse wählen.

Das Ergebnis ist bekannt. Der Lemgoer gehört mittlerweile zu den profiliertesten Kommunalpolitikern in Nordrhein-Westfalen. 1975 kandidierte er erstmals für den Landtag, inzwischen hatte er eingesehen, daß nicht nur der Kirchenchor, sondern auch sein Beruf als Rechtspfleger unter der zeitlichen Beanspruchung durch die Kommunalpolitik litt: Er machte die Politik zu seinem Beruf.

Aber die ersten Jahre in Düsseldorf verliefen anders als er sich das gedacht hatte. Er hätte sich gern vor allem mit der Kommunalpolitik beschäftigt, doch daraus wurde nichts. Er kam in den Ausschuß für Kommunalpolitik, doch die Fraktion wollte den Parlamentsneuling gleich zum justizpolitischen Sprecher machen. Und da der Justizausschuß und der für Kommunalpolitik gleichzeitig tagten, entschied sich Wilmbusse schweren Herzens zunächst für die Rechtspolitik.

Nach der Landtagswahl 1980 wurde er dann aber doch der Mann für Kommunalpolitik in der SPD-Fraktion und ist es bis heute.

Fast alle Entscheidungen des Landtags hätten mehr oder weniger direkte Auswirkungen auf die Kommune, sagt Reinhard Wilmbusse, das mache die Verknüpfung der Arbeit in Düsseldorf mit dem Amt des Bürgermeisters seiner Heimatstadt so reizvoll.

Und als Bürgermeister habe er auch seine Meinung zur gegenwärtigen Kommunalverfassung verändert, meint er rückblickend. Anfang der 70er, als sich die nordrhein-westfälische SPD zum ersten Mal mit der Abschaffung der kommunalen Doppelspitze befaßte, war er noch auf der Seite der Gegner. Mitte der 80er aber hätte er sich schon den Befürwortern angeschlossen. Als der Landesparteitag im Dezember 1991 in Hagen gegen die Abschaffung der Doppelspitze und die „Urwahl“ des Bürgermeisters entschied, gehörte Reinhard Wilmbusse neben Innenminister Herbert Schnoor zu den Verlierern.

Die kommunale Doppelspitze entspreche nicht den Erfordernissen der täglichen Praxis, sagt Wilmbusse, deshalb mußte sie trotz des zunächst anderslautenden Parteibeschlusses über kurz oder lang kommen:

Denn die rein ehrenamtliche Tätigkeit des Bürgermeisters sei eine Fiktion, wenn man es ernst mit der Aufgabe in seiner Stadt meine. Außerdem sei auch der Kommunalwahlkampf in den vergangenen Jahren immer mehr kandidatenorientiert geführt worden. Die Spitzenkandidaten für das Amt des Bürger-

meisters seien herausgestellt worden, ohne daß dies mit ihrer tatsächlichen Kompetenz übereinstimme. Bürgermeister und Ratsmitglieder seien bei der Kontrolle der Verwaltung zudem oft überfordert. Wer das „Sagen“ habe in einer Kommune, der solle auch „den Buckel hinhalten“, solle sich dem Votum der Bevölkerung stellen. Insofern sind die Forderungen nach einer Urwahl des Bürgermeisters für Wilmbusse auch Forderungen nach einer Demokratisierung der Kommunalpolitik. Den Hauptkritikpunkt an der Urwahl in der eigenen Partei, die Befürchtung, daß sich die vom Volk gewählten Stadtoberhäupter zu „Sonnenkönigen“ entwickeln könnten, möchte er durch eine Kopplung der Wahlzeit von Bürgermeister und Stadtparlament entkräften.

Daß sich die SPD nach einigem Hin und Her auf einem neuen Landesparteitag im Januar nun doch für die Abschaffung der Doppelspitze und für die Urwahl entschied, erfüllt den Ostwestfalen mit einiger Genugtuung. Sicherlich habe dabei auch die Drohung der Opposition mit einem Volksbegehren eine Rolle gespielt, sagt Reinhard Wilmbusse. Schließlich wisse man nie, wie ein solches Volksbegehren ausgehe, deshalb solle man als Partei lieber selbst das Heft in der Hand halten.

Bedauerlich findet er, daß bei der öffentlichen Diskussion über Doppelspitze und Urwahl andere, für ihn ebenso wichtige Aspekte der neuen Kommunalverfassung weitgehend unter den Tisch fallen, etwa die Möglichkeit des Bürgerantrags und -entscheid in den Kommunen und die neuen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Betätigung der Städte.

Diese neuen Rahmenbedingungen kann Reinhard Wilmbusse nach der nächsten Kommunalwahl ausprobieren. Denn für den Rat in Lemgo und für das Amt des Bürgermeisters wird er noch einmal antreten, ein letztes Mal. In Düsseldorf sei allerdings für ihn 1995 Schluß, sagt der 61jährige. Teilweise bis zu 24 Stunden pro Woche im Zug von Lemgo an den Rhein, das sei doch allmählich etwas anstrengend. Und auf ähnliche Zusagen wie zu Beginn seiner politischen Karriere (s.o.) würde sich in Düsseldorf wohl niemand einlassen.

Ralf Kapschack

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)